

Wildberger kündigt weitere Schritte an

[16.10.2026] Bundesdigitalminister Karsten Wildberger hat auf der Smart Country Convention 2026 in Berlin den Ausbau zentraler digitaler Verwaltungsdienste, die Weiterentwicklung des Deutschland-Stacks und neue KI-Anwendungen angekündigt.

Bei seiner Eröffnungsrede auf der [Smart Country Convention 2026](#) in Berlin hat Bundesdigitalminister Karsten Wildberger die nächsten Schritte zur Modernisierung der öffentlichen Verwaltung vorgestellt. Im Mittelpunkt standen die flächendeckende Bereitstellung digitaler Verwaltungsleistungen, der Aufbau einer gemeinsamen souveränen IT-Infrastruktur sowie der verstärkte Einsatz Künstlicher Intelligenz.

Ein moderner Staat müsse Bürgern den Alltag erleichtern, Unternehmen bessere Wachstumsbedingungen bieten und durch zuverlässig funktionierende Dienstleistungen Vertrauen schaffen, betonte Wildberger. Zugleich räumte er ein, dass die Digitalisierung der Verwaltung noch nicht schnell genug vorankomme. Viele Angebote seien weiterhin schwer auffindbar oder nicht ausreichend miteinander vernetzt.

Bundesweite Verwaltungsdienste statt Insellösungen

Ein Schwerpunkt der Digitalstrategie ist die stärkere Verbreitung bereits erprobter digitaler Verwaltungsleistungen. Als Beispiel nannte Wildberger die elektronische Wohnsitzanmeldung, die inzwischen mehr als 66 Millionen Menschen in Deutschland zur Verfügung steht. Darüber hinaus sollen häufig genutzte Verwaltungsleistungen künftig stärker vereinheitlicht werden. Für Juli 2027 kündigte Wildberger einen bundesweit einheitlichen digitalen Dienst zur Kfz-Zulassung an. Dieser soll zahlreiche bisher getrennte Lösungen ersetzen.

Auch Unternehmensgründungen sollen einfacher werden. Eine erste Version der digitalen Unternehmensgründung wurde Ende August 2026 in zehn Städten, darunter Berlin, eingeführt. Weitere Kommunen sollen folgen. Zudem ist vorgesehen, das Angebot auf komplexere Rechtsformen auszuweiten und die dafür notwendigen gesetzlichen Grundlagen anzupassen.

Deutschland-Stack als gemeinsame digitale Infrastruktur

Eine zentrale Rolle bei der Modernisierung spielt der Deutschland-Stack. Mit ihm will das Bundesdigitalministerium eine gemeinsame, souveräne digitale Infrastruktur für Bund, Länder, Kommunen und Unternehmen schaffen. Grundlage sind einheitliche Standards, offene Schnittstellen und souveräne Cloud-Infrastrukturen. Hinzu kommt die Vernetzung staatlicher Register, damit Behörden bereits vorhandene Informationen im rechtlich zulässigen Rahmen sicher austauschen können. Bürger sollen dadurch Angaben und Nachweise nicht mehrfach bei unterschiedlichen Behörden einreichen müssen.

Open Source bezeichnete Wildberger als wesentlichen Bestandteil dieser Architektur. Mit der Bürosoftware-Suite openDesk und der Neuausrichtung des Zentrums für Digitale Souveränität ([ZenDiS](#)) soll der Einsatz offener Software in der Verwaltung weiter gestärkt werden. Für die bundesweite Umsetzung soll das im Aufbau befindliche Digitalcenter die Arbeit von ZenDiS, [DigitalService](#), [ITZBund](#) und [FITKO](#) koordinieren. Ziel ist es, erfolgreiche digitale Lösungen schneller in die Fläche zu bringen und

ihren dauerhaften Betrieb sicherzustellen.

Auch die öffentliche Beschaffung soll vereinfacht werden. Auf der Messe startete das Ministerium mit Berlin als erstem Partner die Möglichkeit zur Direktvergabe über den Marktplatz Deutschland. Behörden sollen dadurch geeignete IT-Lösungen schneller beschaffen können.

KI soll Genehmigungsverfahren deutlich beschleunigen

Besondere Bedeutung misst Wildberger dem Einsatz Künstlicher Intelligenz in der öffentlichen Verwaltung bei. KI könne Beschäftigte beispielsweise bei der Informationssuche, der Dokumentenbearbeitung und der Vorbereitung von Antworten unterstützen. Dadurch bleibe mehr Zeit für komplexe Vorgänge, bei denen menschliche Entscheidungen erforderlich seien.

Als konkretes Beispiel stellte Wildberger die KI-Anwendung SPARK heraus. Sie soll die Bearbeitungszeiten bei Infrastruktur-Genemigungsverfahren um mehr als 80 Prozent reduzieren können. Die Lösung werde derzeit für Länder und Behörden bereitgestellt und sei in ersten Bundesländern bereits im Einsatz. Mit dem Agentic AI Hub will das Ministerium zudem Start-ups und Kommunen zusammenbringen, um skalierbare KI-Lösungen für die Verwaltung zu entwickeln. Das Programm ist inzwischen in die zweite Runde gestartet.

Deutschland-App und digitale Brieftasche „d-you“

Für Bürger sollen die technischen Grundlagen künftig in einer einfacheren digitalen Nutzererfahrung zusammengeführt werden. Die geplante Deutschland-App soll Verwaltungsleistungen leichter auffindbar und zugänglich machen. Ein weiteres Vorhaben ist die digitale Brieftasche „d-you“ ([wir berichteten](#)), deren Start Wildberger für Januar 2027 ankündigte. Mit ihr sollen sich Bürger sicher digital ausweisen und elektronische Nachweise vorlegen können. Die Wallet ist Teil eines europäischen Vorhabens und soll grenzüberschreitend funktionieren.

Nach Angaben des Ministers beteiligen sich bereits mehr als 300 Unternehmen an der Erprobung entsprechender Anwendungen in einer Sandbox-Umgebung. Zum Start werden rund 40 einsatzbereite Anwendungen erwartet. Wildberger rief weitere Unternehmen und Behörden dazu auf, die digitale Brieftasche in ihre Dienstleistungen zu integrieren.

Eine konkrete Neuerung verkündete Wildberger auch für die Nutzung der Online-Ausweisfunktion des Personalausweises: Der zuvor eingestellte PIN-Rücksetz- und Aktivierungsdienst steht wieder zur Verfügung. Bürger können damit erneut kostenlos einen PIN-Rücksetzbrief anfordern, wenn sie ihre PIN vergessen haben oder die entsprechenden Unterlagen nicht mehr besitzen. Die Online-Ausweisfunktion ist eine wichtige Voraussetzung für die Nutzung zahlreicher digitaler Identitätsdienste und künftig auch der Wallet.

Kommunen und Unternehmen zur Zusammenarbeit aufgerufen

Zum Abschluss seiner Rede appellierte Wildberger an Länder und Kommunen, bereits bewährte digitale Verwaltungsleistungen konsequent zu übernehmen und gemeinsam weiterzuentwickeln. Unternehmen und Start-ups sollten ihre Anwendungen auf den gemeinsamen technischen Grundlagen aufbauen. Von den öffentlichen IT-Dienstleistern erwartet er, erfolgreiche Lösungen in einen zuverlässigen

flächendeckenden Betrieb zu überführen.

Die Smart Country Convention bezeichnete Wildberger als wichtige Plattform für diese Zusammenarbeit. Besonders begrüßte er Portugal als Partnerland der diesjährigen Veranstaltung. Das Land habe bei der Digitalisierung staatlicher Dienstleistungen deutliche Fortschritte erzielt und könne Deutschland wichtige Anregungen liefern.

()

Stichwörter: Messen | Kongresse, Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS), Smart Country Convention (SCCON)